

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

I 0046/2024 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Einflüsse auf den Kanton Solothurn durch eine institutionelle Anbindung der Schweiz an die Europäische Union (EU) (27.03.2024)

Der Bund gab bekannt, dass das Verhandlungsmandat zwischen der Schweiz und der EU aufgenommen wurde und die Diskussionen um die Form des institutionellen Abkommens im Gange sind (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA], 2024). Im Vorfeld haben die Kantone bereits ihre Meinungen einfließen lassen; das EDA hält dazu fest: «Am 2. Februar 2024 haben die Kantonsregierungen auf Basis ihrer europapolitischen Standortbestimmung vom 24. März 2023 ihre Stellungnahme zum Verhandlungsmandatsentwurf anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verabschiedet» (Bericht über die Ergebnisse der Konsultation zum Entwurf eines Verhandlungsmandats zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Beziehungen, 2024, S. 8). Es ergibt sich aus diesem Verhandlungsentwurf, dass die institutionelle Anbindung einschneidende Effekte auf den Kanton Solothurn haben würde. Daraus resultieren folgende Fragen:

1. Welche Befugnisse des Kantons Solothurn würden an die EU oder den Bund abgetreten oder eingeschränkt werden?
2. Am 26. Mai 2021 wurden die Verhandlungen mit der EU, aufgrund von «substanziellen Differenzen» abgebrochen (swissinfo.ch, 2021). Nun scheint sich (vgl. KdK-Bericht) der Kanton Solothurn zustimmend zum neuen Mandat eingebracht zu haben. Welches sind die inhaltlichen Unterschiede des neuen Verhandlungsmandats im Vergleich zu 2021 und worin verbessern sich die Inhalte «substanziell» für unseren Kanton?
3. Hat die Solothurner Kantonsregierung bereits die Gewerkschaften miteinbezogen? Gestützt auf Medienberichte (Beispiel: NZZ online, 2024) ist der Gewerkschaftsbund dem Verhandlungsmandat gegenüber kritisch eingestellt. Als von Industrie/Distributionsbetrieben geprägter Kanton dürfte dies für uns im Sinne des Arbeitnehmer- und Lohnschutzes besonders relevant sein.
4. Als Kanton mit bedeutender (Fach-)Hochschule und hoher Qualität der Lehre, welche Einflüsse hätte dieses Abkommen in Bezug auf die Zulassung neuer Studierenden?
5. Kann die Kantonsregierung einschätzen, welchen finanziellen Zusatzaufwand die regelmässigen Zahlungen an die EU für den Kanton Solothurn ausmachen würden und wie diese aufzufangen wären?

Literaturverzeichnis

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. (2024). Bericht über die Ergebnisse der Konsultation zum Entwurf eines Verhandlungsmandats zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Beziehungen. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. (8. März 2024). Beziehungen Schweiz–EU: Der Bundesrat verabschiedet das endgültige Verhandlungsmandat. Von <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/news.html/content/eda/de/meta/news/2024/3/8/100342.html> abgerufen
NZZ online. (18. März 2024). Kommt es zum Eklat im EU-Dossier? «Wir verlangen eine Aussprache mit dem Bundesrat» – die Gewerkschaften drohen, den Tisch zu verlassen. Von

www.nzz.ch: <https://www.nzz.ch/schweiz/kommt-es-zum-eklat-im-eu-dossier-wir-verlangen-eine-aussprache-mit-dem-bundesrat-die-gewerkschaften-drohen-den-tisch-zu-verlassen-ld.1822567> abgerufen

swissinfo.ch. (26. Mai 2021). Schweizer Regierung bricht Verhandlungen mit EU ab. Von <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/schweizer-regierung-bricht-verhandlungen-mit-eu-ab/46651900> abgerufen

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext erhalten.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Christine Rütli, 3. Andrea Meppiel, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Thomas Wenger (15)